



# Kein Schutz mehr für Mexikos Bauern

Von Gerold Schmidt

Bis in die 1990er Jahre prägte gemeinschaftlicher Landbesitz die mexikanischen Dörfer.

Doch die neoliberale Wirtschaftspolitik und das organisierte Verbrechen haben bewährte Strukturen zerstört.

Den indigenen und bäuerlichen Dorfgemeinden in Mexiko, sagt Ana de Ita, „wurde in den vergangenen Jahrzehnten der Boden unter den Füßen weggezogen“. Sie ist Direktorin des kleinen unabhängigen Studienzentrums für den Wandel im Mexikanischen Landbau (Ceccam) mit Sitz in Mexiko-Stadt und hat die Entwicklung auf dem Land seit den 1990er Jahren mit zahlreichen Untersuchungen und Fallstudien kritisch verfolgt.

Um ihre Aussage einordnen zu können, muss man wissen, dass Dorfgemeinden und Agrarverfassung in Mexiko untrennbar und auf besondere Weise miteinander verbunden sind. 56 Prozent des mexikanischen Territoriums befinden sich im Kollektivbesitz – zumindest auf dem Papier. Denn die nach der mexikanischen Revolution (1910 bis 1917) verabschiedete Verfassung verfügte die Aufteilung des

Großgrundbesitzes und die Zuteilung von Boden an vertriebene oder landlose Bauern innerhalb neu zu schaffender Agrareinheiten, der sogenannten Ejidos. Außerdem wurden die kollektiven Landrechte der indigenen Gemeinden bekräftigt. Nach offiziellen Angaben existieren heute etwa 29.500 Ejidos und gut 2500 indigene Agrargemeinden. Sie nutzen den überwiegenden Teil des Bodens kleinbäuerlich und gemeinsam. Oft handelt es sich dabei um ausgedehnte Waldflächen und Quellgebiete. Für den individuellen landwirtschaftlichen Anbau werden Parzellen zugeteilt. Selten überschreiten sie die Größe von fünf Hektar.

Für das Ejido-Land galten drei wichtige Schutzprinzipien: Es darf weder veräußert noch verpfändet noch auf andere übertragen werden. Neben den Ejidos gibt es auch privaten Landbesitz kleiner und

mittelständischer Bauern. Bis 1992 unterstützte der Staat diese Agrarstruktur mit vielfältigen Interventionen und garantierte damit auch die Stabilität der Dorfgemeinden.

Im Jahr 1992 aber beschloss die damalige Regierung unter Präsident Carlos Salinas de Gortari eine Modernisierung der Landwirtschaft, erklärt Ana de Ita. Dahinter standen die Verhandlungen für das 1994 in Kraft getretene NAFTA-Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, die damals in vollem Gange waren. Staatliche Kreditgeber für Ejidos und bäuerliche Organisationen sowie öffentliche Saatgutunternehmen, Vermarktungseinrichtungen, Dünger- und Futterunternehmen wurden innerhalb kürzester Zeit weitgehend abgeschafft oder privatisiert, ebenso mit Garantiepreisen arbeitende Aufkaufinstanzen, fachliche Beratung und die staatliche Landwirtschaftsversicherung. Gleichzeitig bekamen die Ejidos die Möglichkeit, ihr Land an andere als ihre Mitglieder zu verpachten, Allianzen mit einheimischen und ausländischen Unternehmen einzugehen und das Ejido-Land durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu privatisieren und damit auch zu verkaufen. Der mexikanische Landwirtschaftssektor wurde innerhalb weniger Jahre vollständig für die multinationalen Agrarkonzerne geöffnet.

Gesetzesreformen im Jahr 2007 öffneten den ländlichen Raum dann auch in großem Stil für Bergbaukonzessionen. Eine breit angelegte Energiereform in den Jahren 2013 - 2014 ließ schließlich letzte Barrieren gegenüber dem Privatsektor in der Strom- und Ölproduktion fallen und setzte weitere politische und wirtschaftliche Prämissen: Die industrielle Ressourcenausbeutung im Bergbau, im Bereich der Gas- und Erdölförderung, der Stromproduktion und auch beim Transport der

## Mehr Mexikaner – auch auf dem Land

Mexikos Fläche ist etwa fünfmal so groß wie die Deutschlands. Seine 32 Bundesstaaten sind in Landkreise (Municipios) von sehr unterschiedlicher Größe aufgeteilt; in der Regel bestehen sie aus einem Hauptort, der teilweise bereits kleinstädtischen Charakter hat, und zahlreichen kleineren Dörfern und Siedlungen. Die Verstädterung schreitet auch in Mexiko weiter fort: In Städten (mehr als 15.000 Einwohner) und semiurbanen Ansiedlungen (ab 2500 Einwohner) leben nach dem jüngsten Zensus von 2020 fast 80 Prozent der Gesamtbevölkerung. Mit dem Bevölkerungswachstum ist aber auch das ländliche Fünftel seit Anfang der 1990er Jahre gewachsen – um dreieinhalb Millionen auf etwa 27 Millionen Menschen. (gs)

Energieträger bekam „im öffentlichen Interesse“ absoluten Vorrang vor der landwirtschaftlichen Nutzung der Böden.

Gleichzeitig konzentrierte der mexikanische Staat seine Agrarsubventionen auf das industrielle Agrarbusiness. Die kleinbäuerliche Landbevölkerung wurde fast nur noch im Rahmen der Armutsbekämpfung unterstützt. Sie bekam „gerade genug, um nicht zu revoltieren“, drückte es bereits vor Jahren die mexikanische Agrarexpertin Blanca Rubio aus. Einige Dorfzentren wurden im Rahmen des 2001 eingeführten Programms „Magische Dörfer“ für den nationalen und internationalen Tourismus aufgehübscht. Doch Studien aus den vergangenen Jahren zeigen,

**Mitglieder der Bauernvereinigung El Barzón schmeißen Anfang 2014 Bohnen und Getreide gegen das Wirtschaftsministerium in Mexiko-Stadt. Sie protestieren gegen niedrige Preise und die Bevorzugung von multinationalen Konzernen.**

YURI CORTEZ/AFP VIA GETTY IMAGES



**Wanderarbeit statt eigener Hof: Ein Pflücker auf einer Erdbeerfarm im Nordwesten der USA in seiner Unterkunft. Die meisten Beschäftigten hier stammen aus dem Süden Mexikos.**

DAVID BACON/REPORT DIGITAL-REA/LAIF





**Kleinbäuerinnen verkaufen ihre Produkte auf einem kleinen Markt in Oaxaca.**

JIM WEST/REPORT DIGITAL-REA/LAIF

dass der angestrebte breite Nutzen für die Bevölkerung in diesen Gemeinden ausgeblieben ist.

Ana de Ita zieht eine ernüchternde Bilanz: „Für die meisten mittelständischen und kleinbäuerlichen Erzeuger war angesichts der Konkurrenz unter NAFTA kein Platz mehr auf dem Markt. Sie haben schlicht nicht überlebt. Viele kleinbäuerliche und indigene Dorfgemeinden haben sich auf die reine Selbstversorgung zurückgezogen.“ Hunderttausende Kleinbauern verdingen sich inzwischen unter prekären Bedingungen als temporäre Erntehelfer für die meist im Norden Mexikos angesiedelten Agrarkonzerne. Denn während Mexiko immer mehr Grundnahrungsmittel wie Reis, Bohnen, Weizen und sogar Mais impor-

tiert, floriert beispielsweise der Export der auf riesigen Plantagen angebauten Beerenfrüchte in die USA.

Viele Dorfbewohner suchen nun Arbeit in den Städten. Die Männer als Maurer und Bauarbeiter, die Frauen nehmen häufig schlecht bezahlte Tätigkeiten im städtischen Dienstleistungssektor an. Für den millionenfachen Exodus aus den Dörfern diente lange Zeit die Migration in die USA als ein Ventil – bis das Nachbarland die Grenze immer mehr dicht machte.

Im Zuge des boomenden Bergbaus verpachteten Dorfgemeinden ihr Land auch an überwiegend aus den USA und Kanada stammende Unternehmen. Auch hier ist das Resultat bitter: Insbesondere der Tagebau hat weithin sichtbare Verwüstungen angerichtet und Böden zerstört. Das verpachtete Land ist für den Landbau nicht mehr nutzbar, die Hoffnungen auf nennenswerte Beschäftigung im Bergbausektor haben sich aber nicht erfüllt. Stattdessen haben Versprechen der Unternehmen oft soziale Konflikte innerhalb von Gemeinden hervorgerufen. So versprechen Großunternehmen, unter anderem Bergbaukonzerne, oft den Bau von Schulen, Krankenhäusern oder Sportplätzen in Gemeinden. Dann ist angesichts des Bedarfs häufig ein Teil der Gemeindemitglieder bereit, den Unternehmen entgegenzukommen, andere lehnen das ab.

Je mehr der soziale Zusammenhalt in den Dörfern bröckelt, desto leichter tut sich das organisierte Verbrechen, Leerstellen zu füllen, berichtet Ana de Ita: „Vor allem für die perspektivlosen jungen Leute ist das eine Verlockung.“ Örtliche Behörden, Unternehmen und das organisierte Verbrechen sind oftmals miteinander verquickt, nicht nur bei Drogentransport und -anbau, sondern zunehmend auch bei illegalem Holzeinschlag und der Sicherung der Wasserzufuhr für den Bergbau. Die Dorfgemein-

## Eine Gemeinde erkämpft sich Frieden

Es ist auf den ersten Blick ein perfektes Idyll: Kilometerlange pazifische Sandstrände, Pelikane und Reiher ziehen über das Meer, im Hintergrund steiles, waldbedecktes Küstengebirge. Der auf 135 Meter Höhe gelegene Ort Santa María Ostula mit seinen gut tausend Einwohnern liegt eingebettet in üppige Vegetation. Das Klima hier ist fruchtbar, so dass Kokospalmen, Papayafrüchte, Tamarinde, Hibiskusblüten, Melonen und das Grundnahrungsmittel Mais gedeihen. Der sich aus den Bergen windende Ostula-Fluss versorgt die über das weite Gemeindeterritorium verstreuten Siedlungen mit ausreichend Wasser. Fische gibt es im Überfluss. Ein überschaubarer und kontrollierter Tourismus verschafft der Gemeinde wichtige zusätzliche Einnahmen.

Der Fotograf Heriberto Paredes begleitet seit mehr als zehn Jahren das Leben der indigenen Nahua-Dorfgemeinde Santa María Ostula im Landkreis Aquila, Bundesstaat Michoacán, und beschreibt es als „Traum vom Paradies“. Doch dem Paradies ging die Hölle voraus. Bis 2009 schien Ostula das Schicksal vieler anderer Dorfgemeinden zu teilen. Das Drogenkartell „Tempelritter“ nutzte die durch sein Territorium führende Bundesstraße nach Belieben für Transporte als Verbindung zum Hafen Lázaro Cárdenas, einem berühmten Umschlagplatz für das Rohmaterial synthetischer Drogen. Landinvasoren, die mit dem Kartell zu-

sammenarbeiteten, vereinnahmten den Küstenstreifen Ostulas. Pläne für einen von der Gemeinde nicht gewollten luxuriösen Hotelkomplex, eine Hafenanlage, die Expansion eines internationalen Bergbaukonzerns sowie illegaler Einschlag von Edelhölzern in den Gemeindegewäldern schienen unaufhaltbar. Die der Landkreisregierung von Aquila unterstehende Kommunalpolizei war eine Komplizin dieser Interessen. Wer dem Kartell im Weg stand, wurde ermordet.

Als der Leidensdruck der Gemeinde unerträglich wurde, besann man sich auf alte Strukturen: die Vollversammlung des Dorfes und eigene Wachen, die von den Einwohnern aller Siedlungen und des Hauptortes gestellt wurden. „Teilweise mobilisierte sich praktisch die gesamte Gemeinde gegen das Drogenkartell“, erinnert sich der kaum zwanzigjährige Pedro Mercado. Er erlebte diese Zeit als Heranwachsender. Heute ist er ein von der Vollversammlung bestätigtes Mitglied im Kommunikationsausschuss der Dorfgemeinde.

Die Mobilisierung bedeutete mehrfach die direkte bewaffnete Konfrontation mit den Tempelrittern und ihren Auftragsmördern. In einem schmerzhaften Prozess mit zunächst ungewissem Ausgang gelang es Santa María Ostula, Mitte 2015 die vollständige Kontrolle über das eigene Territorium wiederzugewinnen. Der Preis dafür war hoch. Drei

den stehen weitgehend schutzlos da. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie Global Witness weisen es Jahr für Jahr aus: In kaum einem anderen Land werden so viele lokale Umweltschützer ermordet wie in Mexiko. Im vergangenen Jahr waren es mindestens 30. „Nur da, wo der Zusammenhalt noch stark ist, gelingt es Dorfgemeinden vereinzelt, sich erfolgreich zu wehren. Am ehesten schaffen dies noch die indigenen Gemeinschaften, die auf eine lange Widerstandstradition bauen können“, meint die Ceccam-Direktorin.

**T**rotz der widrigen Umstände bleibt immer noch ein gutes Fünftel der mexikanischen Bevölkerung in den Dorfgemeinden. Dabei spielen die „remesas“, die Rücküberweisungen der Migranten an zurückgebliebene Familienmitglieder, eine herausragende Rolle. 11,5 Millionen Mexikaner leben und arbeiten legal oder auch ohne gültige Papiere in den USA. Entgegen aller Prognosen und selbst in Zeiten der Pandemie haben ihre Rücküberweisungen mit jährlich zweistelligen Zuwachsraten seit 2015 einen Rekord nach dem anderen übertroffen. Für 2021 wird der Wert der remesas mit knapp 50 Milliarden Dollar voraussichtlich vier Prozent des mexikanischen Inlandsproduktes entsprechen.

Die amtierende mexikanische Regierung unter Präsident Andrés Manuel López Obrador ist bei den Wahlen 2018 mit der Ansage angetreten, den langen Zyklus neoliberaler Wirtschaftspolitik zu beenden. López Obrador hat diese Politik noch jüngst als „Albtraum“ bezeichnet. Zu seinen Versprechen gehört die Wiederbelebung des ländlichen Raums. Tatsächlich hat die Regierung eine Reihe von Programmen aufgelegt, darunter das viel diskutierte Vorzeigeprojekt „Sembrando Vida“ (Leben säen). Es verbindet das Pflanzen von Obstbäumen und Nutzhölzern mit mo-



**Gerold Schmidt**  
ist freier Journalist  
in Mexiko.

natlichen Subventionen für Kleinbauern und peilt damit gleichzeitig die Aufforstung von gut einer Million Hektar Land an.

Ana de Ita sieht die Erfolgsaussichten der verschiedenen Programme gleichwohl skeptisch: „Sie zielen alle auf Individuen, nicht Gemeinden, und haben vielfach den Charakter klassischen Armutsfürsorge von den Vorgängerregierungen beibehalten. Für die Regierung und López Obrador gibt es kein gemeinschaftliches soziales Subjekt. Bei einer ganzheitlichen Politik müssten Ejidos, indigene Gemeinden und die verbliebenen bäuerlichen Organisationen gestärkt werden.“ Sembrando Vida, so kritisiert sie, erreiche mal zwei, mal zehn Mitglieder einer kleinbäuerlichen Gemeinde. „Die Auswahlkriterien sind intransparent. In dieser Form haben die neuen Programme politischen Klientelcharakter.“

In Bezug auf Großprojekte wie dem touristischen „Maya-Zug“ auf der Halbinsel Yucatán oder den Ausbau der Infrastruktur rund um die Bahnstrecke des Korridors zwischen Pazifik- und Atlantikküste teilt sie die Befürchtungen, dass sie am Ende mehr Zerstörung als Entwicklung für die anliegenden Dorfgemeinden bringen. Für sie müssten andere Dinge im Vordergrund stehen: „Funktionierende Schulen, ein intaktes Gesundheitswesen mit vom Staat bezahlten Kliniken und Krankenhäusern, instand gehaltene Straßen und Wasserversorgung, öffentliche Dienstleistungen, die ein würdiges Leben auf dem Land erlauben.“

Mit Worten äußert sich die Regierung oft ganz ähnlich. Doch abgesehen von wenigen Vorzeigeprojekten und -programmen hat sie in Zeiten der Pandemie bei den öffentlichen Ausgaben bisher eine Austeritätspolitik verfolgt, die mancher neoliberalen Regierung durchaus würdig ist. Für das Leben auf dem Dorf sind das keine guten Aussichten. ■

Dutzend Gemeindemitglieder waren ermordet worden, sechs gelten bis heute als verschwunden. Doch Santa María Ostula hat Frieden wiedergefunden. Wo die Landinvasoren Marihuana und Schlafmohn gepflanzt hatten, gründete die Gemeinde eine neue Siedlung und baut ihre traditionellen Produkte an. In den umliegenden Städten hat sie dafür einen kleinen Absatzmarkt.

Anders als in anderen Landkreisen, in denen sich von Gemeindestrukturen unabhängige Selbstverteidigungsgruppen im Laufe der Zeit in dubiose paramilitärische Gruppen verwandelt haben, erfüllen die aus der Gemeinde stammenden Wachen in Ostula heute einfache Ordnungsfunktionen. „Dazu gehört, bei traditionellen Feiern in den Siedlungen präsent zu sein, ab und zu ein Auge auf einen Betrunknen zu werfen“, erklärt Pedro Mercado. Auf die Frage, warum er und andere junge Leute sich entschieden haben, in der Gemeinde zu bleiben, antwortet er entwaffnend: „Weil wir hier alles haben: Wasser und ausreichend Land. Außerdem ist jeder ab 18 Jahren in die Gemeindeversammlung eingebunden.“

Für den Fotografen Heriberto Paredes hat die weitgehende Selbstverwaltung von Santa María Ostula durchaus Modellcharakter. Aber er gibt zu, dass die Gemeinde in einer Region, in der zerstörte Dorfstrukturen und organisiertes Verbrechen vorherrschend sind, „in einer Sicherheitsblase lebt“. (gs)



**Agustin Vera Ramirez, ein Bürger von Santa María Ostula, berichtet 2015 seinen Mitbürgern über eine bewaffnete Attacke des Drogenkartells, bei der mehrere Zivilisten, darunter auch ein Kind, getötet wurden.**

PICTURE ALLIANCE/DEMOTIX